

ENTWURF

(Stand: 06.11.03)

Amtliche Begründung zur Verordnung über den Nationalpark Eifel (NP-VO)

A. Allgemeines

Der Nationalpark liegt im Deutsch-Belgischen Naturpark Hohes Venn-Eifel und erstreckt sich auf Teile der Kreise Euskirchen, Aachen und Düren.

Seit dem 1.4.1950 nutzt das belgische Militär ein 4.300 ha großes Areal in der Nord-eifel, im Wesentlichen auf dem Gebiet der Stadt Schleiden, als Truppenübungsplatz Vogelsang. Die belgische Regierung hat erklärt, die Nutzung dieses Geländes bis zum Jahre 2005 aufzugeben. Da auch die Bundeswehr den Truppenübungsplatz nicht weiter verwenden möchte, wird er Ende 2005 für die zivile Nutzung zur Verfügung stehen. Das Gelände des Truppenübungsplatzes wird insbesondere im Norden und Süden eingerahmt von Staatsforstflächen, die zum Teil seit 50 Jahren aus unterschiedlichen Gründen allenfalls extensiv forstwirtschaftlich genutzt werden und von daher eine besondere Eignung für einen Nationalpark aufweisen. Das Gebiet des Nationalparks steigt von Nord nach Süd deutlich an, die Niederschläge nehmen zu und die Jahresmitteltemperatur nimmt ab. Damit verändert sich die im Wesentlichen durch historische Waldnutzung geprägte Baumartenzusammensetzung von Eiche über Buche zu Fichte.

Im Norden des Nationalparks liegt das geschlossene Waldgebiet "Kermeter" mit einem hohen Laubwaldanteil (Rotbuche und Eiche). Den zentralen Teil des Nationalparks nimmt der in großen Teilen waldfreie Bereich des Truppenübungsplatzes Vogelsang ein. Aus militärischen Gründen wurde dieser durch Schafbeweidung und Mahd offengehalten. Diese großen offenen Flächen sind idealer Lebensraum für Rotwild, das hier seinem natürlichen Verhalten entsprechend tagaktiv ist.

Der Nationalpark will die natürlichen und naturnahen Ökosysteme mit ihrer Biotopvielfalt schützen, aber auch für das Naturerlebnis öffnen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die natürliche Dynamik der Entwicklungsprozesse des Nationalparks nicht gestört wird. Die Biotopverbindungen aus dem Nationalparkgebiet nach Rheinland-Pfalz und aus Belgien, z.B. für die Rotwildwanderungen, lassen es naturschutzfachlich sinnvoll erscheinen, den Nationalpark durch entsprechende Gebietsausweisungen jenseits der nordrhein-westfälischen Grenzen in einer späteren Phase zu ergänzen. Nordrhein-Westfalen wird dies bei den Grenznachbarn anregen. Durch die verwaltungsmäßige Aufteilung des Nationalparks bedingt sind drei untere Landschaftsbehörden im Nationalparkgebiet zuständig. Es wird daher angestrebt, die Verwaltungsstruktur innerhalb des Nationalparks durch Schaffung eines Nationalparkamtes mit gebündelten Zuständigkeiten zu vereinheitlichen.

Der Nationalpark Eifel ist nicht nur von Bedeutung für die Natur und ihren Schutz in NRW. Er ist auch zugleich wirtschaftliche Entwicklungschance für die Region im Hinblick auf den Tourismus.

Neben dem naturschutzorientierten Tourismus erhält auch der Kulturtourismus durch den Nationalpark neue Impulse. Im Nationalparkgebiet befinden sich historische Gebäude und Stätten. Diese sollen - soweit der Schutzzweck es zulässt - zugänglich gemacht werden. Dabei sollte vor allem auch die geschichtliche Bedeutung der ehemaligen nationalsozialistischen Ordensburg Vogelsang als Schulungsstätte für den NSDAP-Parteinachwuchs in ihren Zusammenhängen begreifbar gemacht werden.

Die Erklärung zum Nationalpark erfolgt gemäß § 43 LG NRW nach Anhörung des Landtagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Rechtsverordnung ergeht im Benehmen mit den zuständigen Ministerien des Bundes (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – BMU - und Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen - BMVWB).

Sie soll Vorschriften über die Verwaltung des Nationalparks und über die erforderlichen Lenkungsmaßnahmen einschließlich der Regelung des Wildbestands enthalten.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1:

Bei der Abgrenzung des Nationalparks wurde nach dem Grundsatz entschieden, dass nur landeseigene und bundeseigene Flächen in die Abgrenzung einbezogen werden. Ergänzungen von Privatflächen einschließlich kommunaler Flächen sind unter der Voraussetzung möglich, dass die Eigentümer dieses selbst vorschlagen. Der Nationalpark hat in den in der Anlage 1 dargestellten Grenzen eine Größe von ca. 10.000 Hektar.

Zu § 2:

Bezüglich der Zonierung verweist Abs. 3 auf die Nationalparkkarte.

Da sich die Grenzen des Nationalparks verbal nur unzureichend beschreiben lassen, wird auf eine Übersichtskarte im Maßstab 1:25.000 (Nationalparkkarte) und im Einzelnen auf das Liegenschaftskataster verwiesen.

Abs. 7 Satz 1 beinhaltet die Zurückstellung der Entscheidung über die Einbeziehung des Geländes der Burg Vogelsang in das Nationalparkgebiet bis zum Abzug der belgischen Streitkräfte am 1.1.2006. Dieser Passus wurde aufgenommen, weil es sachbezogen ist, zunächst die Vorschläge der Machbarkeitsstudie im Hinblick auf unterschiedliche Nutzungsperspektiven des Geländes abzuwarten. Die entsprechenden Flächen sind zwar im GEP als Bereich "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" dargestellt, die abschließenden Nutzungen stehen jedoch noch nicht fest. Gesichert ist, dass mit Hilfe des Umgebungsschutzes auch während der Zurückstellungsphase nur nationalparkverträgliche Nutzungen möglich sind.

Zu § 3:

Der Schutzzweck vereint die von der IUCN empfohlenen Ziele für Nationalparke mit den Vorschriften des nordrhein-westfälischen Landschaftsgesetzes und den Schutzbestimmungen der europäischen FFH- und Vogelschutzrichtlinie.

Nach den IUCN-Kriterien soll ein Nationalpark eine Mindestgröße von 10.000 ha erreichen.

Zu § 4:

Für eine geordnete Nationalparkverwaltung ist es erforderlich - aufbauend auf eine Analyse des Naturhaushaltes - die zur Erfüllung der Nationalparkziele erforderlichen Maßnahmen zu strukturieren und in einem Nationalparkplan zusammenzufassen. Dieser entspricht der Gliederungsempfehlung der Föderation EUROPARC als internationaler Dachorganisation der National- und Naturparke.

Bei der Realisierung des Konzeptes der Besucherlenkung sind das "Perspektivenbuch Tourismus für die Nationalparkregion Eifel im Deutsch-Belgischen Naturpark Hohes Venn-Eifel" und der „Touristische Masterplan Nationalparkregion Eifel“ insbesondere zur Vernetzung der Erlebnisangebote für Besucher innerhalb und außerhalb des Nationalparks neben dem Eckpunktepapier „Naturerleben im Nationalpark Eifel“ gleichwertig einzubeziehen.

Zu § 5:

Ein Nationalparkplan gem. § 4 muss sich auch mit der Besucherlenkung im zukünftigen Nationalpark auseinandersetzen. Die zukünftige Wegeführung legt der von der Nationalparkverwaltung zu erarbeitende Wegeplan fest. Darin ist insbesondere eine Fahrverbindung von der Staumauer über Wollseifen zur Burg Vogelsang vorzusehen.

Zu § 6:

Der Nationalpark ist von Anfang an in der Region erarbeitet worden. Um die Einbeziehung der kommunalen Interessen sicherzustellen, wird in § 6 festgelegt, dass die Aufstellung des Nationalparkplans in Zusammenarbeit mit einer Nationalparkarbeitsgruppe zu erfolgen hat. Die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe ist in § 20 festgelegt.

Abs. 3: Eine Verpflichtung der Eigentümer zum Abschluss derartiger Vereinbarungen ist nicht beabsichtigt und auch rechtlich nicht möglich.

Zu § 7:

Da in Nordrhein-Westfalen der Landschaftsplan als Satzung der Kreise und kreisfreien Städte behörden- und/oder rechtsverbindlich die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege für ihr Gebiet darstellt bzw. festsetzt (§ 16 LG), muss das Verhältnis zwischen Nationalparkverordnung und Landschaftsplan in der Rechtsverordnung geregelt werden.

Zu § 8:

Der Nationalparkplan enthält nur die Bestandsaufnahme des Naturhaushalts und Vorschläge und fachliche Ziele und Unterziele zur Erreichung dieser Ziele. Zur Umsetzung des Nationalparkplans werden technische Pläne (Maßnahmenpläne) benötigt. Diese setzen die Ziele des Nationalparkplans, insbesondere im Hinblick auf erforderliche Investitionen, um.

Bei **Abs. 2 Satz 2** handelt es sich lediglich um einen Hinweis auf die bestehende Rechtslage hinsichtlich der Zuständigkeit.

Zu § 9:

Trophäenjagd ist im Nationalpark nicht zulässig. Es muss aber möglich sein zur Erfüllung des Schutzzwecks, auch jagdliche Maßnahmen - wie z.B. Schalenwildregulierung - durchzuführen. Gem. § 20 Bundesjagdgesetz und § 20 Abs. 2 Landesjagdgesetz NRW müssen Einzelheiten der Jagd durch ordnungsbehördliche Verordnung und können nicht in der Rechtsverordnung des Nationalparks geregelt werden. Ihre Inhalte sind zuvor im Nationalparkplan fachlich festzulegen .

Zu den §§ 10 bis 12:

Nach IUCN und § 24 BNatSchG sollen Nationalparke nicht nur der natürlichen Dynamik dienen (§ 24 Abs. 1 BNatSchG), sondern auch der wissenschaftlichen Umweltbeobachtung, der naturkundlichen Bildung und dem Naturerlebnis der Bevölkerung (§ 24 Abs. 2 BNatSchG).

Zu § 13:

Zentral in dem Truppenübungsplatz Vogelsang liegt die Burg Vogelsang. Vorschläge zu deren Folgenutzung werden durch einen Arbeitskreis unter der Leitung des Kreises Euskirchen erarbeitet. Aufgrund der Größe der Gebäudeanlage wird es nicht nur eine Folgenutzung geben können, sondern mehrere werden nebeneinander erfolgen. Eine Möglichkeit kann ein Besucherinformationszentrum des Nationalparks sein.

Zu § 14:

Für das Nationalparkgebiet sind im Hinblick auf generelle Schutzerfordernisse die gleichen Schutzmaßnahmen wie für ein Naturschutzgebiet zu fordern (§ 24 Abs. 3 BNatSchG). Eine menschliche Nutzung findet außer in der Pflegezone allerdings

nicht mehr statt. Die aus rechtssystematischen Gründen erforderlichen Verbote in der Verordnung werden in der Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Besucherinnen und Besuchern als Bitten und Verhaltensregeln formuliert.

Im Gegensatz zu Naturschutzgebieten ist im Nationalpark jedoch eine gezielte Besucherlenkung erforderlich. Für die dazu benötigten Hinweisschilder ist ein Ausnahmetatbestand in Nr. 3 festgesetzt. Da es sich bei den Höhenfeuerwerken um Traditionsveranstaltungen handelt, wurde auch hierfür eine Ausnahme zugelassen. Die Marathon Läufe in Monschau und Simmerath können in bisher üblicher Form durchgeführt werden.

Zu § 15:

Die Regelung ist erforderlich, weil der zentrale Teil des Nationalparks auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz mit seinem besonderen Gefahrenpotenzial liegt. Abs. 2 soll Besucherinnen und Besuchern vor den Gefahren, die sich aufgrund der militärischen Nutzung des Geländes ergeben, bewahren.

Zu § 16:

Korrespondierend zu § 14 statuiert § 16 eine Unberührtheitsklausel in Bezug auf nicht betroffene Tätigkeiten. Für die in Nr. 2 genannten Nutzungen im Bereich der Burg Vogelsang gilt die im GEP dargestellte Abgrenzung.

Für den Fall, dass der Ordnungsgeber sich gem. § 2 Abs. 7 Satz 1 für eine Einbeziehung des Geländes der Burg Vogelsang in den Geltungsbereich der Verordnung entscheidet, soll folgende Nr. 2 als weitere Unberührtheitsklausel in den § 16 aufgenommen werden:

"zukünftige nationalparkverträgliche Nutzungen in der Fläche nach § 2 Abs. 7. Die Nationalparkverträglichkeit wird abschließend durch eine Kommission festgestellt, bestehend aus

- a) einem/ einer Vertreter/in der Stadt Schleiden
- b) einem/ einer Vertreter/in des Kreises Euskirchen
- c) dem/der Leiter/in der Nationalparkverwaltung
- d) einem/einer Vertreter/in der nach § 62 BNatSchG anerkannten Vereine im Kreis Euskirchen,
- e) einem/einer Vertreter/in des MUNLV,
- f) einem/einer Vertreter/in des MSWKS,
- g) einem/einer Verteter/in des MWA."

Durch das Vorziehen der Entscheidung über die Nationalparkverträglichkeit sollen die regulären Zulassungsverfahren von dieser Fragestellung entlastet und somit darin begründete Verzögerungen vermieden werden.

Dieser Beschleunigungseffekt wird noch dadurch verstärkt, dass die Kommission auch aus Vertreter/innen der hauptbetroffenen Ressorts MUNLV, MSWKS und MWA besteht.

Zu § 17:

Über § 69 Landschaftsgesetz hinausgehend wird der Nationalparkverwaltung und der Bezirksregierung Köln die Gelegenheit zur Stellungnahme vor einer beabsichtigten Befreiungserteilung eingeräumt. Dies dient der Sicherstellung von einheitlichem Verwaltungshandeln innerhalb des Nationalparkgebietes.

Zu § 18:

Aus Kostengründen wird keine neue Nationalparkverwaltung geschaffen, sondern auf die personellen Ressourcen der Landesforstverwaltung, insbesondere des Nationalparkforstamt Eifel, zurückgegriffen. Der organisatorische Zuschnitt der Forstämter in der Eifel wird entsprechend zum 01.01.2004 angepasst. Die aufgezählten Schwerpunktbereiche sind durch die Ziele und den Schutzzweck des Nationalparks bedingt.

Zu § 19:

Den Mitgliedern des kommunalen Nationalparkausschusses wird ein maßgebliches Mitgestaltungsrecht bei der Errichtung und Weiterentwicklung des Nationalparks eingeräumt (aufschiebendes Vetorecht in Grundsatzfragen und bei langfristigen Planungen).

Da der Nationalparkplan die grundsätzlichen naturschutzfachlichen Ziele und Maßnahmen für den Nationalpark langfristig festlegt, fällt er unter die Regelungen des § 19 Abs. 3.

Zu § 20:

Die Nationalparkarbeitsgruppe begleitet die Errichtung und die Weiterentwicklung des Nationalparks naturschutzfachlich. Entsprechend breit ist ihre Zusammensetzung angelegt. Über den kommunalen Nationalparkausschuss hat die Region auch hier ein Mitwirkungsrecht.

Da heute nicht abschließend geklärt werden kann, welche Fragestellungen in Zukunft zu behandeln sein werden, eröffnet **Abs. 2** die Möglichkeit, mit Zustimmung des MUNLV weitere Mitglieder aufzunehmen. Im Interesse der Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgruppe sollte dies jedoch nur in sehr begründeten Ausnahmefällen erfolgen. Um

weitere Mitarbeit von Gruppen oder Institutionen in besonderen Einzelfällen zu ermöglichen, ohne diese zuvor zu ständigen Mitgliedern ernennen zu müssen, wurde die Möglichkeit geschaffen, Personen mit speziellen Sachkenntnissen für die anstehenden Fragestellungen als Sachverständige hinzuzuziehen.

Zu § 21:

Hier ist die Möglichkeit vorgesehen, einen wissenschaftlichen Nationalparkbeirat einzurichten.

Zu § 22:

Den Gebietskörperschaften gem. § 2 Abs. 2 wird das Gütesiegel "Nationalparkort" verliehen. Um auch weiteren Städten und Gemeinden - bei entsprechendem Engagement für den Nationalpark - die Möglichkeit zu geben, diesen für ihre touristischen Angebote zu vermarkten, können auch diese das Gütesiegel "Nationalparkort" auf Antrag beim MUNLV erhalten.

Zu § 23:

Um den Vorschriften dieser Verordnung einen größeren Nachdruck zu verleihen und ihre Einhaltung zu gewährleisten, ist es notwendig, Verstöße hiergegen als Ordnungswidrigkeiten zu ahnden.